

Bestimmt der Marxismus die Zukunft der Schweizer Kirchen?

Unter dem Titel „Welche Zukunft wollen wir?“ hat eine kleine Gruppe innerhalb der Schweizer Kirchen eine sogenannte Ökumenische Konsultation lanciert. Im Juni 1999 soll daraus eine Stellungnahme aller Schweizer Christen gezimmert werden. Vorbild dafür ist die stark linksideologisch geprägte Stellungnahme der deutschen Kirchen im letzten Jahr. Laut Monika Waller-Koch, Vorstand im Schweizerisch Evangelischen Kirchenbund, gilt diese Stellungnahme dann als eine Verpflichtung, auf die jeder in der Kirche, insbesondere die Kirchenführer, verpflichtet werden können. Das bedeutet, sie stellt mehr als ein politisches Programm in demokratischen Parteien dar. „Bürger und Christ“ berichtete im April sehr kritisch über den Inhalt dieser Konsultation. Wie recht Bürger und Christ mit der Analyse hatte, dass es sich um eine Wiederauferstehung des kommunistischen Manifestes handelt, zeigt ein erschreckendes Beispiel

Marxisten im Diakonieverband

Am 18. Juni 1998 fand die Abgeordnetenversammlung des Diakonieverbandes Schweiz in Zürich statt. Der Diakonieverband ist ein Zusammenschluss von rund 130 reformierten Kirchen, Vereinigungen, Institutionen, die bis heute meist sehr segensreich wirken. Die Versammlung war nicht abstimmungsfähig, weil Vertreter von höchstens 30 Organisationen anwesend waren. Diese Versammlung sollte dazu dienen, die „ökumenische Konsultation“ in den Verbänden zu verbreiten. Angekündigt war eine Diskussion darüber. Tatsächlich durfte jedoch nur darüber gesprochen werden, wie die vorgegebenen Richtlinien umgesetzt werden sollen.

Exponenten für den „Neuen Gesellschaftsvertrag“

Interessant sind Aussagen, die Frau Monika Waller-Koch und Schwester Margrit Muther an dieser Tagung von sich gaben. Frau Waller ist eine der vier Präsidenten der „Ökumenischen Konsultation“, Frau Muther ist eine von fünf offiziell angegebenen Autoren der Konsultation.

Säulen des heutigen Gesellschaftsvertrag

In einer Diskussion sprach wurden diese Frauen darauf angesprochen, dass in der Konsultation, die ausdrücklich die Zukunft der Schweiz definieren will, verschiedene wichtige Grundlagen der Schweizer Demokratie überhaupt nicht vorkommen, zum Beispiel Demokratie, Verfassung, Gewaltenteilung, Rechtsstaat, Menschenrechte. Diese sind Ausdruck des heute bestehenden sogenannten Gesellschaftsvertrages in demokratischen Staaten, die von den modernen Naturrechtlern seit Hugo Grotius, Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau entwickelt worden sind. Das den heutigen Verfassungen zugrundeliegende Menschenbild sagt, dass die Menschen frei und gleich als Person geboren sind, mit Grundrechten, die ihnen mit der Geburt zufallen. Wir Menschen geben freiwillig einzelne Rechte an einen Staat ab, damit das Zusammenleben gestaltet werden kann. Die Bürger bleiben aber der Souverän. Es muss

gewährleistet werden, dass der Staat nicht willkürlich gegen die Bürger vorgeht, weshalb es nicht nur Wahlen gibt, sondern eine Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender, ausführender und richterlicher Gewalt gegeben sein muss. Freie Entfaltung der Persönlichkeit, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Religionsfreiheit, Minderheitenschutz, Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, besonderer Schutz von Ehe und Familie, Recht auf Eigentum und anderes gehören zu diesem Gesellschaftsvertrag, der bis heute gilt und für den sich demokratische gesinnte Bürger einsetzen.

Der neue Gesellschaftsvertrag gegen das christlich-abendländische Denken

Entsetzt muss, dass die Kirchen jetzt für die Zukunft der Schweiz ausdrücklich einen neuen Gesellschaftsvertrag fordern und von allen diesen Errungenschaften des alten Gesellschaftsvertrages nichts aufführen. Sie schliessen sich damit einer Diskussion an, die seit längerem innerhalb der Linken geführt wird. Stattdessen wird Freiheit nur als abzulehnende Forderung nach wirtschaftlicher Freiheit dargestellt, wird vorgeschlagen, dass übergeordnete Stellen das persönliche Leben jedes einzelnen auf Umweltverträglichkeit, Sozialverträglichkeit und Weltverträglichkeit überprüft und gegebenenfalls eine Änderung des Lebensstils gefordert werden darf. Vom christlichen Menschenbild, von der Person des Menschen, der über die Erziehung in Familie und Schule zur Nächstenliebe und zur eigenen Entfaltung angeleitet werden soll, von der besonderen Bedeutung einer gegliückten Ehe und Partnerschaft für die Entfaltung des Menschen, von Mitgefühl, Barmherzigkeit, von der Liebe, wie sie zum Beispiel Paulus in 1. Korinther 13 beschrieben hat, ist nirgends die Rede.

Marx als Vorbild

Frau Waller und Frau Muther widersprachen dieser Darstellung der Ökumenischen Konsultation mit der Behauptung, der mittlere Teil der Konsultation sei christlich geprägt. Man wies sie darauf hin, dass dieser Teil einzig eine marxistische Umdeutung des Christentums im Sinne der Befreiungstheologie sei. Dem widersprachen sie nicht etwa. Sie wiesen mit Vehemenz einzig darauf hin, dass die Befreiungstheologie für sie als Frauen eine Befreiung darstelle. Der Einwand, dass der Marxismus jeglicher Couleur wie jede totalitäre Ideologie abzulehnen sei, insbesondere wenn sie schon mindestens hundert Millionen Tote gefordert habe, beantworteten die zwei Frauen mit der Behauptung, in den Oststaaten sei Marx nur falsch umgesetzt worden: Marx selbst sei nicht totalitär gewesen.

Sie behaupteten gar, Marx hätte auch für die heutige Zeit einen Weg gewiesen, wie die Gesellschaft verbessert werden könne. Der kleine Hinweis, dass er eine Diktatur gefordert hätte, dass er - wie die Ökumenische Konsultation - der Person des Menschen keine Bedeutung geschenkt hätte, die demokratischen Strukturen nur als Überbau bezeichnet, dass für ihn der einzelne Mensch nur als gesellschaftliches Wesen für eine Revolution Bedeutung hätte, nicht aber als Individuum, das seinen Wert für sich hätte, beantworteten sie mit der für linke Ideologen typischen Phrase, dass derjenige, der ihnen solches sage, wohl nichts für die Armen und Unterdrückten übrig hätte.

Der Hinweis darauf, dass sich in der Geschichte - auch im Diakonieverbandes - vor allem Nicht-Marxisten und Gegner des totalitären Denkens für soziale Gerechtigkeit

eingesetzt hätten, versetzte sie in ungläubiges Staunen. Sie wollten keine solche Menschen kennen. Sie machten sich darüber lustig, dass sie aufgefordert wurden, sich deutlich von Marx und dessen Vorstellung einer Diktatur eines Teils der Menschen über andere zu distanzieren und zu erkennen, dass man sich erst dann für soziale Gerechtigkeit eintreten könne. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass die Marxisten in der Geschichte immer soziale Bewegungen für sich instrumentalisieren wollten, weil sie im Gegensatz zu ihren Worten vor allem mit der Machteroberung beschäftigt waren und nicht mit der Verbesserung der menschlichen Nöte.

Faschismuskeule der Marxisten gegen Demokraten

Die zwei Frauen quittierten gar die deutliche Ablehnung des Marxismus mit dem Vorwurf, solche Menschen seien nicht dialogbereit - ein Argument, das in der heutigen Zeit die Marxisten immer dann anwenden, wenn sich jemand ihrer repressiven Toleranz nicht unterordnet.

In der Versammlung wurde die Ausgabe von „Bürger und Christ“ zur Ökumenischen Konsultation als Diskussionsbeitrag verteilt. Frau Waller und Frau Muther bezeichneten - ohne überhaupt Zeit gehabt zu haben, im Heft zu lesen - den Beitrag als faschistisch. Auch hierbei soll darauf hingewiesen werden, dass in den marxistischen Staaten und bei den heutigen Marxisten in der Schweiz jeder als faschistisch bezeichnet wurde und wird, der sich ihrer totalitären Ideologie nicht unterordnete und unterordnet.

Einige Teilnehmer gaben im Anschluss leise zu verstehen, dass sie erschreckt sind, mit welcher Intoleranz die zunächst harmlos wirkenden Frauen gegenüber anderen Meinungen auftreten, obwohl sie gleichzeitig zur Diskussion auffordern.

Fazit

Verantwortliche der Ökumenischen Konsultation bekennen sich nicht nur freimütig zum Marxismus und verteidigen diesen, sie befinden sich in ihrem Vorgehen auch in der intoleranten und antifreiheitlichen Tradition der Marxisten und vertreten in ihrer Weltanschauung den Marxismus als Gegenstück zum christlich-abendländischen Denken.

Wer wehrt sich gegen die marxistische Übernahme der Kirche?

Es bleibt zu fragen, ob sich genügend Christen finden, die sich gegen die Übernahme der Kirche durch die Marxisten wehren. Wenn sich die Initianten tatsächlich vorrangig aus Marxisten zusammensetzen, dann dienen jedoch kritische Antworten an die Adresse der Initianten eher der Identifikation als Gegner, denn als Beitrag zur Veränderung der kirchlichen Stellungnahme. Notwendig scheint eher ein Zusammenschluss von christlich denkender Menschen, die sich gegen die Vereinnahmung der Kirche durch Marxisten wehren.